

Sprache und Politikvertrauen

Zur Metaphorik der Demokratie

Bewusstseinspaltung der Wähler

Das Vertrauen in die Politik ist gering. Dieser schlichte Befund deckt sich mit der Alltagserfahrung, und er wird von der Demoskopie seit langem bestätigt und präzisiert. In Deutschland liegt der Anteil der Bürger, die Vertrauen in demokratische Parteien bekunden, bei weniger als 10%, und weniger als 20% vertrauen noch dem Parlament und der Regierung. In vielen anderen Ländern ist die Einschätzung der Demokratie kaum besser.

Die Konsequenzen hieraus erscheinen naheliegend. Konsequenter wäre es, solches Vertrauensdefizit deutlich im politischen Verhalten auszudrücken. Konsequenter würden Bürger demokratischer Staaten handeln, wenn sie sich an Wahlen nicht beteiligten. Parteien, die sich nicht das Vertrauen der Bürger verdient haben, haben auch deren Stimme in demokratischen Wahlen nicht verdient.

Die politische Wirklichkeit ist jedoch eine andere. Politische Normalität ist, dass die Wahlbeteiligung um ein Vielfaches höher liegt als der Anteil der auf die Politik vertrauenden Bürger. Eine große Mehrheit der Wähler votiert demnach für Parteien und Kandidaten, die ihr nicht bzw. nicht mehr vertrauenswürdig erscheinen. Diese Mehrheit wird offenbar vorübergehend empfänglich für die Art der Politikinszenierung, wie sie in Wahlkampfzeiten praktiziert wird.

Dies zeigt, dass das politische Bewusstsein des Wählers ein anderes ist als das politische Normalbewusstsein des Staatsbürgers. Als Wähler setzt der Bürger sich über seine eigene, in anderen Zusammenhängen artikuliertene Einschätzung von Parteien, Parlament und Regierung hinweg. Er wechselt kurzzeitig den politischen Bewusstseinszustand, und er unterwirft sich dabei politisch angepassten Reflexen.

Man kann dies natürlich systembejahend deuten. Man kann es so sehen, dass die meisten Bürger demokratischer Staaten nur als Wähler wirklich zu sich selbst finden. Man kann die Bürger in Zwischenwahlzeiten für selbstgefällige Nörgler halten, die dem verdienstvollen Einsatz politischer Parteien und politischer Amts- und Mandatsträger ihre Anerkennung verweigern, die aber zumindest im Wahlakt dem demokratischen Staat dann doch die verdiente politische Würdigung darbringen.

Es gibt in der Tat viele Gründe, dennoch zu wählen. Vielen erscheint das Wählen noch immer als eine Art moralischer Bürgerpflicht. Viele halten es für zumindest weniger verwerflich als den Verzicht auf politische Einmischung. Manche wollen sich nicht vorwerfen, sie hätten nicht wenigstens das kleinere Übel gewählt. Manche nutzen die Wahl, um einem Gefühl fortwährender Anhänglichkeit an ein gesellschaftliches oder

politisches Milieu nachzukommen. Manche wählen in der Hoffnung, damit zur Wahrung eigener materieller Interessen beitragen zu können. Einige wenige wiederum wollen im Wahlakt tatsächlich die Mühe würdigen, mit der politische Parteien und Kandidaten in Wahlkämpfen um die Bürger werben. Und manche schließlich wählen, um damit ganz persönliche Sympathien zum Ausdruck zu bringen. Die Einflussnahme darauf, wessen Gesicht und wessen Stimme in den Folgejahren häufig in den Medien zu erdulden sein wird, reicht vielen als Grund zur Stimmenabgabe aus.

Das Nichtwählen ist für sich genommen sicher keine politische Wegweisung. Es ist, auch wenn es als solche gemeint ist, nicht einmal eine eindeutige Demonstration politischen Misstrauens. Es sagt nichts aus über Motive, es ist nicht unterscheidbar von politischer Gleichgültigkeit, und es ist daher kein konstruktiver Beitrag zu einem wie immer gearteten politischen Fortschritt. Es darf daher nicht wundern, wenn das Nichtwählen bei vielen Bürgern ein Gefühl der politischen Leere oder gar der illegitimen politischen Unterlassung hervorruft.

All dies sind verständliche, aber es sind dennoch keine guten Gründe zu wählen. Wo es am politischen Grundvertrauen fehlt, ist das Wählen mindestens ebenso missverständlich wie das Nichtwählen. Dass die Wahlbeteiligung viel langsamer zurückgegangen ist als das politische Vertrauen in Staat und Parteien, darf daher nicht als Ausdruck einer verlässlichen politischen Systemtreue missdeutet werden. Es ist nur eine vordergründige Szenerie. Der Vertrauensverlust von Staat und Parteien ist das eigentlich erklärungsbedürftige Faktum.

Die Sprache der Politik

Wenn das Vertrauen in den Staat, in Parteien und Regierungen gründlich verlorengeht, hat dies natürlich immer mit einer desolaten gesellschaftlichen Wirklichkeit zu tun. Es hat zu tun mit ungenügenden Lebensbedingungen und einem moralischen oder ökonomischen Staatsversagen, für die auch oder vor allem Politiker, Parteien und Regierung verantwortlich gemacht werden. Wenn solche Missstände lange genug andauern, kann kein Wechsel des politischen Personals mehr ein Grundvertrauen der Bürger in ihren Staat herstellen. Die Bürger wünschen sich dann letztlich einen fundamental anderen Staat. So geschah es u.a. in der Endzeit des Sozialismus, der eine wirtschaftlich und politisch gleichermaßen unerträglich erscheinende gesellschaftliche Realität geschaffen hatte.

Politisches Vertrauen kann aber auch verlorengehen, lange bevor die Realität als unerträglich empfunden wird. Unerträglich kann auch die gängige politische Sprache werden. Eben dies war mit der politischen Sprache der sozialistischen Staaten geschehen, bevor die Unerträglichkeit der Verhältnisse das Ende des Staats- und Politiksystems besiegelte. Die politische Rhetorik hatte sich gegen den Wandel der gesellschaftlichen Realitäten abgeschottet, und sie hatte dadurch alle Glaubwürdigkeit eingebüßt. Dass etwa in einer auch damals und auch dort schon heraufziehenden Dienstleistungsgesellschaft in Ostdeutschland lange Zeit noch ein so genannter Arbeiter- und Bauernstaat existierte, war nur einer von zahllosen sprachlichen Anachronismen, die zwangs-

läufig in den Totalzusammenbruch einer staatstragenden politischen Rhetorik münden.

Die Endzeit der sozialistischen Systeme war ein Beispiel dafür, wie weit der Niedergang der politischen Sprache dem Niedergang eines politischen Systems vorausgehen kann. Diesen sprachlichen Niedergang nicht analysiert, die wachsende Diskrepanz zwischen politischer Rhetorik und gesellschaftlicher Realität nicht gründlich und nicht rechtzeitig genug aufgedeckt zu haben war einer der Gründe dafür, dass der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten Politik, Gesellschaft und Wissenschaft in West und Ost so unvorbereitet traf. Eine frühere Auseinandersetzung mit der politischen Sprache hätte geholfen, den Systemumbruch viel früher zu erahnen. Sie hätte gezeigt, dass die Aushöhlung der politischen Rhetorik die subjektive Unerträglichkeit der realen Verhältnisse und damit auch die Implosion des sozialistischen Systems weit im Voraus ankündigte. Daraus hätte sich im Weiteren auch eine Vorahnung entwickeln können, dass die politische Rhetorik der westlichen Demokratie vergleichbare Probleme in sich trägt.

Die Sprache der Demokratie mit der hohlen Rhetorik des Spätsozialismus zu vergleichen mag übertrieben erscheinen. Der politische Vertrauenseinbruch in demokratischen Staaten aber ist ein Faktum, und zumindest eine mögliche Ursache hierfür ist, dass die politische Öffentlichkeit mit der von Politikern, von Parteien und Regierungen gesprochenen Sprache immer weniger anzufangen weiß. Wenn dies so ist und wenn es lange so bleibt, wird die herkömmliche Demokratie irgendwann auf ein ähnlich unerwartetes Ende zusteuern, wie es bei undemokratischen Systemen häufig der Fall war.

Die Sprache der Demokratie steckt in einem leicht zu beschreibenden Dilemma. Die Gesellschaft, deren Gesetze demokratische Politik zu lenken vorgibt, wird zunehmend komplexer. Sie ist geprägt von einer wachsenden Vielfalt der politischen Anspruchshaltungen, der kulturellen Prägungen, der Lebensentwürfe und der Kommunikationsformen der Bürger. Gleichzeitig wachsen die objektiven Anforderungen an den Staat. Dieser hat es mit größer und zahlreicher werdenden realen Problemen zu tun und zugleich mit einem wachsenden Problembewusstsein in der Gesellschaft. Eine zunehmend komplexe und anspruchsvolle Gesellschaft benötigt daher einen zunehmend leistungsfähigen, seinerseits immer komplexer werdenden Staat. Dieser komplexere Staat wiederum muss sich seinen Bürgern politisch auf angemessene Weise mitteilen. Wenn Parteien und Politiker den Bürgern ein wirklichkeitsgetreues Bild von Staat und Politik vermitteln wollen, stehen sie damit vor ständig wachsenden Anforderungen an die politische Kommunikation.

Ob Politiker dabei aber mit hinreichend aufnahmebereiten Bürgern rechnen können, ist mehr als zweifelhaft. Die Bürger nämlich sind ganz und gar nicht bereit, auf die wachsende Komplexität der Politik mit einem entsprechend komplexeren politischen Engagement zu reagieren. Eher das Gegenteil ist der Fall. Den meisten Bürgern scheint die unerlässliche private Selbstbehauptung und Selbstverwirklichung mehr Zeit abzuverlangen denn je. Entsprechend gering ist die Neigung, dem Politischen einen

wachsenden Anteil der privaten Zeit zu opfern.¹ Politik ist und bleibt daher für die große Mehrheit eine eher beiläufig wahrgenommene Angelegenheit. Auch dies erklärt die oben beschriebene Bewusstseindiskrepanz zwischen Wählern und Bürgern.

Wenn daher Politiker komplexere politische Sachverhalte vermitteln und dementsprechend höhere kognitive Anforderungen an die Bürger stellen wollten, würden sie damit auf überwiegend taube Ohren stoßen. Sie haben es mit Bürgern zu tun, die einen höheren intellektuellen Aufwand für die Politik scheuen und die sich daher für eine zunehmend komplexe Politik einfache politische Formeln wünschen, wie sie es von der politischen Rhetorik seit jeher gewohnt sind.

Dies jedoch lässt den Widerspruch zwischen komplexer Wirklichkeit und schlichter politischer Rhetorik, zwischen dem politisch zu Begreifenden und den in der Öffentlichkeit verwendeten politischen Begriffen immer größer werden. Auch wenn die Bürger hierfür in gewissem Sinne mitverantwortlich sind, bleibt ihnen dieser Widerspruch nicht verborgen. Sie werden letztlich doch einer allzu vereinfachenden politischen Rhetorik zunehmend überdrüssig. Sie misstrauen damit in zunehmendem Maße eben jener Sprache, zu der sie selbst die Politiker verleiten.

Dieses Misstrauen ist es, das Bürger und Politiker in der Demokratie einander zunehmend entfremdet. Die Sprache der Politik steht in dem Dilemma, einfache Botschaften über zunehmend komplizierte Aufgaben formulieren zu müssen, und aus eben diesem Dilemma findet sie keinen Ausweg. Ihre kompakten Botschaften werden angesichts einer komplizierteren Realität immer unglaubwürdiger, und weil die Bürger dies spüren, sehen sie sich im Misstrauen gegenüber der Politik mehr und mehr bestätigt. Politische Rhetorik und politisches Vertrauen geraten auf diese Weise in eine gemeinsame Abwärtsspirale. Je realitätsfremder die politische Rhetorik, desto geringer ist das politische Vertrauen, und je geringer dieses Vertrauen, desto weniger wollen die Bürger sich noch auf die Politik und auf die gängige politische Kommunikation einlassen. Dies ist eine wichtige Ursache der jüngeren Entwicklungen des politischen Bewusstseins, und es erklärt auch Phänomene wie den Mitgliederschwund der Parteien und den allmählichen Rückgang der Wahlbeteiligung. Es zeugt noch nicht von einer Unerträglichkeit der politischen Realität, aber doch schon von einer weitgehenden Unerträglichkeit der politischen Sprache.

Verschlimmert wird diese Entwicklung noch durch einen weiteren stillen Verdacht gegenüber Politikern; den Verdacht nämlich, dass diese nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch sich selbst mit ihren verkürzenden Formeln täuschen; dass also die Politiker selbst maßlos überfordert sind, aber dies vor sich selbst so wenig wie vor den Bürgern einzugestehen vermögen. Demnach hätten die Bürger es in der Politik zwar mit einigermaßen gutgläubigen, aber umso wirklichkeitsfremderen und inkompetentere Akteuren zu tun. Dem Politikvertrauen kann auch ein solcher Verdacht natürlich nur schaden.

¹ Ausgenommen hiervon ist allenfalls der wachsende Anteil älterer Bürger. S. hierzu auch „Die politische Rolle Methusalems“ in www.reformforum-neopolis.de

Die Suche nach Auswegen

Dass die sprachliche Kommunikation an Grenzen stößt, ist nicht nur ein Problem der Politik. Auch in anderen Erfahrungsbereichen geraten Menschen immer wieder an die Grenzen der sprachlichen Darstellung. Die Sprache ist ein schwaches Werkzeug, und schwach ist natürlich besonders die Alltagssprache, in der demokratische Politik sich den Bürgern mitzuteilen hat.

Außerhalb der Politik ist es leichter, die Grenzen der sprachlichen Vermittelbarkeit auszuloten und sie mit nichtsprachlichen Mitteln zu überwinden. Die Formeln der Physiker, die Diagramme der Ökonomen, die experimentellen und diagnostischen Apparaturen der Naturwissenschaftler und Ingenieure zeugen von einem erfolgreichen Bemühen, zuvor Unsichtbares sichtbar und zuvor Unhörbares hörbar zu machen. Was aber sichtbar und hörbar wird, das wird damit auch der sprachlichen Vermittlung zugänglicher. Das eigentlich Unbeschreibliche wird so doch auch mit Worten beschreibbar, auch wenn die Beschreibung zumeist nur in der Sprache von Spezialisten gelingt.

Der Sprache der Politik sind solche Wege verschlossen. Politische Botschaften müssen – gerade in einer Demokratie - immer auch im Rahmen von Alltagserfahrung verständlich gemacht und politische Auseinandersetzungen immer auch in der Alltagssprache geführt werden. Daher muss die Politik andere Wege als die Wissenschaft suchen, um die Reichweite der Kommunikation zu erhöhen.

Ein von der politischen Rhetorik immer wieder eingesetztes Mittel ist die Metaphorik. Es ist der Versuch, Politisches durch Rückgriff auf andere Erfahrungsbereiche, durch Verknüpfung mit unmittelbaren Sinneseindrücken zugänglicher zu machen. Politische Metaphorik hat es immer und überall gegeben. Jede Epoche, jedes Land, jede Sprache hat ihre eigene politische Metaphorik hervorgebracht, und auch politische Parteien haben immer wieder versucht, eine eigene Metaphorik zu entwickeln.

Die Notwendigkeit von Metaphern zeugt zwar von der Schwäche des menschlichen Verstandes, aber die Metapher ist immer auch eine List, um dem schwachen Verstand eine höhere Reichweite zu verleihen. Der Verstand nutzt gewissermaßen die Metapher, um weiter in die Wirklichkeit auszugreifen und um über diese Wirklichkeit besser kommunizieren zu können, als er es ohne solches Hilfsmittel vermöchte. Ein politischer Diskurs ohne Metaphorik wäre gerade in einer Demokratie kaum vorstellbar.

Die politische Metaphorik bringt insofern einen Gewinn an Erkenntnis- und Kommunikationsfähigkeit. Dennoch ist sie viel weniger als etwa eine Sprache der Sehenden, die den politisch Blinden eine verborgene Welt eröffnet. Politische Metaphorik ist vielmehr ein Verständigungsversuch unter Menschen, die der Politik mit einer gemeinsamen, genetisch bedingten Wahrnehmungs- und Verstandesschwäche gegenüberstehen. Die Wahrnehmung der Politik als ganzer ist dem Menschen so unmöglich, wie – metaphorisch gesprochen - der Fledermaus die Wahrnehmung von Licht. Der Mensch bedient sich daher bei der Wahrnehmung von Politik vorzugsweise

visueller Metaphern, wie die Fledermaus sich das „eigentlich“ visuell Erfahrbare mit akustischer Wahrnehmung erschließen muss.

Durch Metaphern, die auf bildliche Erfahrungen zurückgreifen, wird das Politische anschaulicher und bedeutungsvoller als bei andersartigen Versuchen sprachlicher Erschließung. In der Geschichte der Staatsmetaphern stellte man sich daher - je nach Bewusstseinsstand und Verfügbarkeit der Bilder – den Staat als Organismus und später als Mechanismus, als mechanischen Wägageapparat etwa oder als mechanisches Uhrwerk vor. Die jüngere Metaphorik machte den Staat beispielsweise zum Staatschiff, sie machte den Regierungschef zu dessen Kapitän, und sie wies politischen Parteien Symbolfarben oder parlamentarische Ortsangaben zu. Parteien und Parteianhänger wurden so zu Roten und Schwarzen, zu Grünen und Gelben, zu Rechten und Linken, zur rechten und linken Mitte und zu rechten und linken Rändern. Die Selbstverständlichkeit, mit der diese metaphorischen Benennungen von allen beteiligten Akteuren, Kommunikatoren und Adressaten akzeptiert wurden, zeugt deutlich von den Nöten jeder metaphernlosen politischen Rhetorik.

Natürlich ist die metaphorische Sprache der Politik immer auch ein Kampf um positiv und gegen negativ besetzte Begriffe. Die soziale „Kälte“ des politischen Gegners, das „Herz“ der eigenen Politik oder deren Verknüpfung mit Bildeindrücken von Familie oder Vaterland, von Natur, von menschlicher Wärme und Nähe, von Liebe, von Licht oder Sonne sind Beispiele für positiv besetzte Leitbilder, die in demokratischen Wahlkämpfen eine herausragende Rolle einnehmen können. Solche Bilder können von der Komplexität politischer Probleme und damit von der Überforderung des Verstandes durch die Politik eine Zeitlang ablenken, und sie können eine Zeitlang den Schein erwecken, Politik sei auf der Ebene der Gefühle und Sinneseindrücke als ganze erfassbar.

Die politischen Akteure dürfen allerdings solche Bildhaftigkeit nicht übertreiben. Wer politische Botschaften einigermaßen glaubwürdig vermitteln will, darf in seiner Rhetorik nicht zu „blumig“ werden. Er darf nicht den Eindruck erwecken, sich in Metaphern zu erschöpfen. Er muss ein Minimum an Sachlichkeit demonstrieren, ohne dabei die Bürger mit allzu komplexen Argumenten zu überfordern.

Eine Lösung dieses Problems bietet die Abstraktion. Im politischen Diskurs werden immer auch hochgradig abstrakte Begriffe verwendet, deren Verständnis bei den Adressaten stillschweigend vorausgesetzt wird. Beispiele hierfür sind Begriffe wie Demokratie, Sozialismus, Liberalismus und Konservatismus, wie Republikaner, Dritter Weg oder Neue Mitte. Bei deren Verwendung wird stillschweigend ein Wissen darum unterstellt, was etwa mit mehr Demokratie, mit mehr Liberalismus, mit weniger Sozialismus, mit mehr Konservatismus oder mit Republikanismus gemeint sei.

Überholte Metaphern, überholte Abstraktionen

Jeder solche Begriff hat natürlich eine Geschichte, und in der Geschichte fast jedes dieser Begriffe gab es Episoden, in denen dieser für konkrete politische Aktionen stand. Es gab Zeiten, in den man als Republikaner selbstverständlich für die Abschaf-

fung der Monarchie stritt, als Demokrat für die Abhaltung von Wahlen, als Liberaler für die Marktwirtschaft und als Sozialist dagegen. Die Geschichte ist indessen über diese Episoden längst hinweggegangen, aber die Begriffe sind geblieben. Und weil die Bezüge zu den einstmaligen konkreten Aktionen sich verloren, wurden die Begriffe im Laufe der Zeit immer abstrakter. Vor allem politische Parteien klammerten sich weiter an diese Begriffe, aber für die politische Öffentlichkeit wurde es immer schwerer, ihnen konkrete Bedeutung beizumessen. Das allmähliche Verschwinden des so genannten Stammwählers ist eine Reaktion auf diese Entwicklung. Je weniger die abstrakten Politikbegriffe noch für konstante Inhalte standen, desto klarer wurde auch dem einfachen Bürger, wie wenig diese noch als politische Orientierungen taugen. Ob man sich etwa mehr Demokratie, mehr Liberalität oder mehr Konservatismus wünscht, hängt zunehmend vom Wandel der an solche abstrakten Begriffe geknüpften Assoziationen ab.

Der abstrakte Begriff spielt daher im zeitgenössischen politischen Diskurs bestenfalls eine ähnliche Rolle wie die Metapher. Weil er kaum mehr für konstante Politikinhalte steht, überlebt er hauptsächlich noch als politisches Mode- oder Schimpfwort, als Auslöser ideologischer Reminiszenzen und positiver oder negativer politischer Emotionen. Politische Praktiker, Wissenschaft und politische Publizistik gehen dabei im Sprachgebrauch notgedrungen ähnliche Wege.

Je weniger Abstraktion und Metapher noch Zugänge zur politischen Wirklichkeit verschaffen, desto eher können sie sich gegenüber dieser Wirklichkeit verselbständigen. Rot oder grün, rechts oder links, liberal oder konservativ, Republikaner oder Demokrat, Separatismus, Integration und viele andere politische Begriffe können mit zählebigen Zugehörigkeits- und Abgrenzungseffekten verbunden sein, und sie können damit die politische Wahrnehmung präjudizieren. Metapher wie Abstraktion können insofern auf ganz ähnliche Weise politische Vorurteile schaffen und damit zu politischen Ideologiebestandteilen gerinnen. Die abstrakte Forderung nach einem Mehr an Demokratie kann beispielsweise positive Emotionen auslösen, egal, wie gut oder wie schlecht die damit gemeinte Demokratie sich in der politischen Realität behauptet hat. Auch wenn Metaphern und Abstraktionen als Stützen des Verstandes lange Zeit gute Dienste geleistet haben, können sie so den menschlichen Intellekt in Anachronismen gefangen halten.

Sicher entwickelt die Sprache sich auch im Politischen weiter. Veränderte politische Realitäten lassen, wie zögerlich auch immer, früher oder später neue politische Begriffe und neue Metaphern entstehen. Die Grenzen des menschlichen Verstandes und der menschlichen Wahrnehmungsfähigkeit aber bleiben, und an diesen Grenzen wird die Sprache sich immer wieder stoßen. Je komplexer der Staat, desto offensichtlicher und desto unvermeidlicher wird dies. Auch und gerade in einer Demokratie verliert die gängige politische Rhetorik daher immer weiter an Glaubwürdigkeit. Je unglaubwürdiger aber die politische Rhetorik, desto mehr Bürger entziehen der Politik das Vertrauen. Desto stärker ist zugleich die Neigung, sich zumindest vorübergehend an Personen statt an politischen Inhalten zu orientieren und als Wähler für Personen statt für Inhalte zu stimmen. Auch diese Personalisierung von Politik und der damit

einhergehende Populismus gehören zu den wiederkehrenden Zeugnissen eines fundamentalen politischen Sprachversagens.

Man kann sich sicher damit begnügen, dies als zwar bedauerliche, aber dennoch unabänderliche Entwicklung hinzunehmen. Wenn aber die Sprache der politischen Wirklichkeit nicht gewachsen ist, dann sollte dies auch eine ganz andere Konsequenz nahelegen. Dann sollte man sich fragen, ob nicht die politische Wirklichkeit besser an die verfügbaren sprachlichen Mittel angepasst, ob sie also besser mit dem Verstand und der Vorstellungskraft des Menschen in Einklang gebracht werden sollte. Das politische Sprachversagen nämlich zeugt zwar von der Unzulänglichkeit des menschlichen Verstandes, aber mehr noch zeugt es von der Unzulänglichkeit einer Demokratieform, die diesen Verstand überfordert.

Die Metaphorik der Neokratie

Ein Staat, der seinen Bürgern schon in der Sprache Unmögliches abverlangt, ist nicht für die Ewigkeit gemacht. Um ihn zu überwinden, bedarf es allerdings eines schmerzhaften Abschieds von politischen Denkkategorien, von politischen Wertvorstellungen und Zugehörigkeitsgefühlen und auch von liebgewonnen politischen Metaphern und Begriffen. Dies wird auch ein Abschied von vielem sein, was bisher Politik noch halbwegs anschaulich und begreiflich erscheinen ließ.

Das Abschütteln einer politischen Begriffs- und Vorstellungswelt kann indes nur gelingen, wenn zugleich Neues an seine Stelle tritt. Die große Mehrheit der Bürger wird Altes nicht ganz über Bord werfen wollen, bevor das Neue nicht wenigstens in Umrissen erkennbar ist. Angenommen, dieses Neue sei eine neokratische Ordnung, dann wird es auch einer geeigneten neuen Metaphorik bedürfen, um diese Ordnung der menschlichen Vorstellung zumindest besser zugänglich zu machen als den herkömmlichen Staat.

Eine neue Metaphorik entwickelt sich immer auch im Zuge sprachlicher Evolution. Man kann die Bilder, die eine Staatsform veranschaulichen sollen, nicht verordnen. Gewiss ist nur, dass eine ganz neue politische Ordnung, will sie sich nicht an dem der alten Ordnung entgegenbrachten Misstrauen infizieren, auch von deren Metaphern möglichst gründlich lösen muss. Dazu gehört, dass der Staat nicht mehr als einzelne Figur, als einzelner Organismus oder einzelner Mechanismus gedeutet wird. Dazu gehört auch, dass Politik nicht mehr als Farbenspiel dargestellt wird, nicht als Geschiebe auf einer Rechts-Links-Achse, nicht als Auseinandersetzung um hohl gewordene abstrakte Begriffe und auch nicht als Wettstreit des persönlichen Charismas.

Wie aber ließe sich eine neue, im Zweifel also eine neokratische Ordnung der menschlichen Vorstellung zugänglich machen, ohne dass dabei unzulässig simplifiziert oder gar das Wesentliche dieser Ordnung unterschlagen würde? Der Begriff Neokratie ist natürlich seinerseits hoch abstrakt. Eine neokratische Ordnung stellt daher zunächst noch höhere Anforderungen an die politische Vorstellungskraft als die herkömmliche Demokratie. Sich hierauf einzulassen bedeutet zuallererst einen Bildverlust. Die verfügbaren Staatsmetaphern können bildhafte Vorstellungen nur vom herkömmlichen

Staat schaffen. So wird dieser etwa durch die Schiffsmetapher in vielerlei realen, aber auch illusorischen Eigenschaften veranschaulicht. Das Bild vom Staatsschiff ist ein Bild von Einheit und Größe und ein Bild der ruhigen Fahrt. Das Staatsschiff hält Kurs. Das große Staatsschiff mag auch ein schwer manövrierbarer Tanker sein, aber selbst daraus kann zumindest ein positives Bild von politischer Berechenbarkeit entstehen. Ein fahrendes Staatsschiff lässt sich nicht auswechseln, und in Fahrt ist ein Staatsschiff immer. Das Bild vom Staatsschiff ist insofern auch ein Bild von Kontinuität. Dem Bürger erspart es zudem den Blick ins Schiffsinnere. Das Schiff braucht, um Kurs zu halten, nur einen guten Kapitän, und die Bürger einer herkömmlichen Demokratie müssen nicht viel mehr tun, als diesen Kapitän zu bestimmen. Sie tun es, indem sie ihre Stimme einer Partei oder einem Kandidaten für das höchste Staatsamt geben.

Das Bild vom Staatsschiff ist insofern ein durchaus passendes Bild herkömmlicher Staatsformen. Das Modell einer Neokratie dagegen macht dieses Bild obsolet. Dem Neokratiekonzept entspräche eher das Bild einer Flotte als das eines Staatsschiffs. Es wäre eine Flotte, die keinem gemeinsamen Befehlsgeber unterstellt ist, sondern in der jedes Schiff seine eigene, autonome Führung hätte. Jedes hätte eine andere Aufgabe, und verbunden wäre diese Flotte nur durch gemeinschaftlich respektierte Regeln.

Diese Metapher vom Staat als Schiffsverband könnte manche Irreführungen korrigieren helfen, wie das Bild vom Staatsschiff sie nahegelegt, und sie könnte insbesondere helfen, sich vom Bild des Staates als eines einzelnen Objektes zu lösen. Als Metapher für ein neokratisches Staatswesen wäre sie dennoch höchst unzulänglich. Sie würde den Blick auf wesentliche Eigenschaften einer solchen Ordnung verstellen.

Eine Neokratie ist eine so genannte mehrspurige Demokratie, und jede dieser „Spuren“ wäre, metaphorisch gesprochen, eins von mehreren Staatsschiffen im „Flottenverband“ einer neokratischen Ordnung. Jede „Spur“ dieser Staatsform wäre, konkreter formuliert, eine demokratisch verfasste Staatssparte, die auf eine bestimmte staatliche Aufgabe spezialisiert und politisch unabhängig ist. Zu dieser Aufspaltung des Staatswesens in Demokratie-„Spuren“ oder -Sparten käme in einer Neokratie aber ein weiteres, ebenso essentielles Merkmal hinzu. In einem neokratischen System entstünde eine mehrschichtige politische Landkarte. Diese Landkarte würde so viele Schichten bzw. Ebenen aufweisen, wie es Spuren der Demokratie gäbe. Auf jeder dieser Ebenen, für die verschiedenen Spuren bzw. Sparten der Demokratie also, könnten die Staatsgrenzen sich unabhängig voneinander entwickeln. Dass dies so sein kann, ist das Wesen der so genannten politischen Assoziationsfreiheit.

Die Möglichkeit, dass Staatsgrenzen für verschiedene Staatssparten unterschiedlich verlaufen und sich unterschiedlich verändern können, ist eine Herausforderung für die politische Phantasie. Es ist damit auch eine Herausforderung für die politische Metaphorik. Neokratie und politische Assoziationsfreiheit sind daher auch Konzepte, die eine neue, eigene Bildersprache hervorbringen können und müssen. Vielleicht sind diese Konzepte noch zu neuartig, als dass sie mit bisher verfügbaren Metaphern einem größeren Kreis von Adressaten nahegebracht werden könnten. Vielleicht bedarf eine Metaphorik der politischen Assoziationsfreiheit ganz neuer Bilderfindungen. Vielleicht

bedarf es, um ein Beispiel zu nennen, neuartiger Computersimulationen, um die Potentiale einer neokratischen Ordnung über die Möglichkeiten sprachlicher Kommunikation hinaus zu veranschaulichen. Vielleicht werden Animationen mehrschichtiger politischer Landkarten hierbei eine wichtige Rolle spielen, und vermutlich wird es auch einer im frühen Lebensalter ansetzenden politischen Bildung bedürfen, die sich solcher Hilfen bedient.

Der Weg dahin ist schwierig und langwierig. Er ist eben auch ein Abschied von liebgewonnen Metaphern und liebgewonnen Abstraktionen. Wenn es aber gelänge, das Neokratiekonzept mit einer neuartigen Metaphorik zu veranschaulichen, dann könnte der Demokratiebegriff irgendwann als überlebte, durch langen Missbrauch entwertete Abstraktion ad acta gelegt werden. Dann könnte auch einer breiten Öffentlichkeit klar werden, wie wenig noch damit gewonnen ist, dass die Bürger in herkömmlicher Form wählen dürfen.

Zu einer Wiederbelebung politischen Vertrauens - und damit zu einer Erlösung aus der Bewusstseinspaltung des Wählers - wird es erst kommen, wenn die Politik zu einer neuen, glaubwürdigeren Sprache gefunden hat. Dies wird eine neue Metaphorik und eine neue abstrakte Begrifflichkeit sein, und es wird auch eine Welt bewegter Bilder sein, die vom Staat eine viel differenziertere Anschauung ermöglichen als bisher. Die Anschauung der Neokratie wird den Staat als komplexeres Gebilde erscheinen lassen, und sie wird ihn zugleich zerlegen in überschaubare Anschauungsobjekte, die je für sich viel begreiflicher sind und Bürger wie Politiker viel weniger überfordern als der herkömmliche Staat. Über solche begreiflichen Staatsbestandteile könnte wieder glaubwürdig geredet werden, und auf dieser Grundlage könnte irgendwann neues politisches Vertrauen wachsen.

Die Auseinandersetzung mit der Sprache der Politik ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Notwendigkeit einer solchen Entwicklung frühzeitig erkannt wird. Der alte demokratische Staat steht einer solchen Entwicklung vorerst noch mit all seiner Macht im Wege, und er entgleitet dabei mehr und mehr den Möglichkeiten rationaler Sprache.

Worüber man nicht reden kann, darüber soll man schweigen. Dieses vielzitierte wittgensteinsche Diktum ist bisher auf den herkömmlichen Staat nicht angewendet worden, aber es betrifft ihn dennoch. Weil über diesen Staat immer weniger noch rational und mit glaubwürdigen Metaphern geredet werden kann, sollte über ihn so bald als möglich und so viel wie möglich geschwiegen werden. Der Mut hierzu wird allerdings erst wachsen, wenn sich hinreichend konkrete Alternativen abzeichnen. Die Herausforderung wird daher zunächst sein, einen neuen politischen Diskurs einzuüben, der den alten wirklich entbehrlich erscheinen und das Schweigen über die alte Demokratie tatsächlich als vernunftgebotene Konsequenz erscheinen lässt. Eine Metaphorik der Neokratie kann in diesem Prozess eine herausragende Rolle spielen.